Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

19. Juni 2023

Niederschrift
über die 29. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am **Mittwoch, 31. Mai 2023, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Wolfgang Decker, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne
Gernot Rönz, Mitglied, B90/Grüne
Natalie Sperl, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Frau Sophie Eltzner)
Anke Bergmann, Mitglied, SPD (Vertretung für Frau Ramona Kopec)
Mirko Düsterdieck, Mitglied, SPD
Dr. Ron-Hendrik Hechelmann, Mitglied, SPD
Sabine Wurst, Mitglied, SPD (Vertretung für Herr Patrick Hartmann)
Holger Augustin, Mitglied, CDU (Vertretung für Herr Maximilian Bathon)
Nicole Siebrecht, Mitglied, CDU (Vertretung für Herr Dr. phil. Michael von Rüden)
Dr.-Ing. Norbert Wett, Mitglied, CDU
Sabine Leidig, Mitglied, DIE LINKE
Jenny Schirmer, Mitglied, DIE LINKE (Vertretung für Frau Miriam Hagelstein)
Sascha Bickel, Mitglied, FDP

Teilnehmer mit beratender Stimme
Chuks-Lewis Samuel-Ehiwario, Vertreter des Ausländerbeirates
Hermann Hartig, Vertreter des Seniorenbeirates (Vertretung für Herr Dr. Thomas Nöcker)

Magistrat
Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD
Dr. Susanne Völker, Stadträtin, parteilos
Nicole Maisch, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung
Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Thorsten Bork, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI
Klaus Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates
Christian Geselle, Oberbürgermeister, SPD

Tagesordnung:

1.	**Kommunales Investitionsprogramm II / „KIP macht Schule“ (KIP II) des Bundes und des Landes Hessen**	101.19.787
2.	**Zweckgebundene Mehrerträge und entsprechende Mehraufwendungen bzw. Mehreinzahlungen und entsprechende Mehrauszahlungen gemäß § 19 GemHVO für das Jahr 2022; - Kenntnisnahme Liste Z5 / 2022 -**	101.19.790
3.	**Mittelumsetzungen von Haushaltsansätzen aufgrund unterjähriger organisatorischer Veränderungen; - Kenntnisnahme Liste U2 / 2022 -**	101.19.791
4.	**Kooperation zwischen der Stadt Kassel und der Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. KG sowie GWG Projektentwicklung GmbH zur Planung und Erweiterung der Luisenschule als kombinierte bauliche Lösung mit dem Lehrschwimmzentrum**	101.19.814
5.	**Mitgliedschaften der Stadt Kassel**	101.19.730
6.	**Regelmäßiger Bericht vom Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung**	101.19.793
7.	**Staatstheater Kassel**	101.19.802
8.	**Voraussichtlicher Grundsteuerhebesatz**	101.19.803
9.	**Mietobjekte der Stadt Kassel**	101.19.811

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 24. Mai 2023 ordnungsgemäß einberufene 29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

1. Kommunales Investitionsprogramm II / „KIP macht Schule“ (KIP II) des Bundes und des Landes Hessen
Vorlage des Magistrats
- 101.19.787 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der als Anlage beigefügten **neu** gefassten „Projektliste KIP II Stadt Kassel“ für das Kommunale Investitionsprogramm II (KIP II/ „KIP macht Schule“) des Bundes und des Landes Hessen mit einem Gesamtvolumen von rund 35.9 Mio. € (davon rund 31,3 Mio.€ KIP II) wird zugestimmt.
2. Der Magistrat wird ermächtigt ggf. im Programmvollzug notwendig werdende Mittelverschiebungen zwischen den einzelnen Projekten vorzunehmen.

3. Mit der Beschlussfassung gem. Ziffer 1 ist zugleich der Antrag der Engelsburg Gymnasium gGmbH unter Berücksichtigung des rechtskräftigen Urteils des Verwaltungsgerichts Kassel – 3 K 485/19.KS –, zugestellt am 10. Februar 2022, abgelehnt."

Stadträtin Maisch erläutert die Vorlage und beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Kommunales Investitionsprogramm II / „KIP macht Schule" (KIP II) des Bundes und des Landes Hessen, 101.19.787, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

2. Zweckgebundene Mehrerträge und entsprechende Mehraufwendungen bzw. Mehreinzahlungen und entsprechende Mehrauszahlungen gemäß § 19 GemHVO für das Jahr 2022; - Kenntnisnahme Liste Z5 / 2022 -
Vorlage des Magistrats
- 101.19.790 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

Die in der rückseitigen Liste Z5/2022 enthaltenen zweckgebundenen Mehrerträge/-einzahlungen und Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 19 GemHVO betragen

im Ergebnishaushalt 1.786.408,97 €
im Finanzhaushalt 2.109.183,02 €.

Bürgermeisterin Friedrich und Herr Vogt, Amt für Kämmerei und Steuern, beantworten die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

3. Mittelumsetzungen von Haushaltsansätzen aufgrund unterjähriger organisatorischer Veränderungen; - Kenntnisnahme Liste U2 / 2022 -
Vorlage des Magistrats
- 101.19.791 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

Die in der rückseitigen Liste U2/2022 enthaltenen Umsetzungen von Haushaltsansätzen betragen

im Ergebnishaushalt	1.374.337,92 €
im Finanzhaushalt	3.330.644,82 €.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Kooperation zwischen der Stadt Kassel und der Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. KG sowie GWG Projektentwicklung GmbH zur Planung und Erweiterung der Luisenschule als kombinierte bauliche Lösung mit dem Lehrschwimmzentrum
Vorlage des Magistrats
- 101.19.814 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kooperation zwischen der Stadt Kassel und der Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. KG sowie GWG Projektentwicklung GmbH zur Planung und Erweiterung der Luisenschule als kombinierte bauliche Lösung mit dem Lehrschwimmzentrum am Standort der Luisenschule (Flur 53 / Flst. 56/33) wird zugestimmt.

Stadträtin Maisch beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, CDU, FDP
Ablehnung: SPD
Enthaltung: DIE LINKE
abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Kooperation zwischen der Stadt Kassel und der Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. KG sowie GWG Projektentwicklung GmbH zur Planung und Erweiterung der Luisenschule als kombinierte bauliche Lösung mit dem Lehrschwimmzentrum, 101.19.814, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

5. Mitgliedschaften der Stadt Kassel
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.19.730 -

Bürgermeisterin Friedrich erklärt, dass die Anfrage in der heutigen Sitzung noch nicht vollständig beantwortet werden kann, daher wird die Behandlung der Anfrage auf die nächste Sitzung verschoben. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

6. Regelmäßiger Bericht vom Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.19.793 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, jeweils eine Vertretung des Amtes für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung bis zu zweimal im Jahr in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr einzuladen, um über folgendes zu berichten:

1. Planungs- bzw. Umsetzungsstand der über das Amt -65- abzuwickelnden Projekte inkl. davon betroffener Auftragsangelegenheiten / Projektentwicklungsleistungen
2. Prognostizierte Kosten der einzelnen Projekte und damit verbundene prognostizierte Belastungen für den Haushalt der Stadt Kassel
3. Finanzierungshintergrund und mögliche Umsetzungsrisiken
4. Personalstruktur und -situation
5. Anzahl und Vergabe an externe Dienstleister mit entsprechender Kostenaufschlüsselung
6. Sonstige Tätigkeitsfelder
7. Einhaltung zur Selbstverpflichtung der Stadt Kassel hinsichtlich Gebäudeenergie- und Ressourceneffizienz

Dabei soll sichergestellt werden, dass zu jedem Projekt Berichte zu wesentlichen Entscheidungen erstattet werden, zum Beispiel nach Abschluss der Nullphase, der Planungsphase und der Entwurfsphase. Ein erster Bericht entsprechend des genannten Schemas soll schnellstmöglich erfolgen und zusätzlich zu den genannten Punkten den typischen Projektablauf eines Projektes beispielhaft anhand des fertiggestellten Projektes „Sanierung Karlsflügel Rathaus“ darstellen.

Der Magistrat wird beauftragt, für jedes laufende Projekt einen Ablauf der begleitenden Beschlüsse vorzulegen. Dies kann zum Beispiel nach Abschluss der Nullphase, der Planungsphase und der Entwurfsphase sein. Des Weiteren wird der Magistrat gebeten den aktuellen Stand (Stichtag 01.03.2023) des Gebäudesanierungsplans zu veröffentlichen, damit ein vollständiger Abgleich der bereits vollumfänglich abgearbeiteten Projekte vorgenommen werden kann.

Stadtverordneter Müller, Fraktion B90/Grüne, bringt folgenden gemeinsamen Änderungsantrag ein.

- **Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP**

Regelmäßiger Bericht ~~vom Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung~~ des Magistrates zu Neubauten und Sanierungen städtischer Gebäude
Antrag der SPD-Fraktion
-101.19.793-

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, ~~jeweils eine Vertretung des Amtes für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung~~ bis zu zweimal im Jahr ~~in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und in den~~ **dem** Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr ~~einzuladen, um~~ über folgendes zu berichten:

1. Planungs- bzw. Umsetzungsstand der über das Amt ~~-65-~~ **Hochbau und Gebäudebewirtschaftung** abzuwickelnden Projekte inkl. davon betroffener Auftragsangelegenheiten / Projektentwicklungsleistungen
2. Prognostizierte Kosten der einzelnen Projekte ~~und damit verbundene prognostizierte Belastungen für den Haushalt der Stadt Kassel~~
3. Finanzierungshintergrund und mögliche Umsetzungsrisiken
4. ~~Personalstruktur und -situation~~
5. ~~Anzahl und Vergabe an externe Dienstleister mit entsprechender Kostenaufschlüsselung~~
6. Sonstige Tätigkeitsfelder
7. Einhaltung zur Selbstverpflichtung der Stadt Kassel hinsichtlich Gebäudeenergie- und Ressourceneffizienz

Dabei soll sichergestellt werden, dass zu jedem Projekt Berichte zu wesentlichen Entscheidungen erstattet werden, zum Beispiel nach Abschluss der Nullphase, der Planungsphase und der Entwurfsphase. Ein erster Bericht entsprechend des genannten Schemas soll schnellstmöglich erfolgen und zusätzlich zu den genannten Punkten den typischen Projektablauf eines Projektes beispielhaft anhand des fertiggestellten Projektes „Sanierung Karlsflügel Rathaus“ darstellen.

Der Magistrat wird beauftragt, für jedes laufende Projekt einen Ablauf der begleitenden Beschlüsse vorzulegen. Dies kann zum Beispiel nach Abschluss der Nullphase, der Planungsphase und der Entwurfsphase sein. Des Weiteren wird der Magistrat gebeten den aktuellen Stand (~~Stichtag 01.03.~~2023) des Gebäudesanierungsplans zu veröffentlichen, damit ein vollständiger Abgleich der bereits vollumfänglich abgearbeiteten Projekte vorgenommen werden kann.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, CDU, FDP
Ablehnung: SPD
Enthaltung: DIE LINKE
abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen zum Antrag der SPD-Fraktion betr. Regelmäßiger Bericht vom Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung, 101.19.793, wird **zugestimmt.**

- **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP geänderter Antrag der SPD-Fraktion**

  Regelmäßiger Bericht des Magistrates zu Neubauten und Sanierungen städtischer Gebäude
  Antrag der SPD-Fraktion
  -101.19.793-

  Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

  Der Magistrat wird gebeten, bis zu zweimal im Jahr dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr über folgendes zu berichten:

  1. Planungs- bzw. Umsetzungsstand der über das Amt Hochbau und Gebäudebewirtschaftung abzuwickelnden Projekte inkl. davon betroffener Auftragsangelegenheiten / Projektentwicklungsleistungen
  2. Prognostizierte Kosten der einzelnen Projekte
  3. Finanzierungshintergrund und mögliche Umsetzungsrisiken
  4. Sonstige Tätigkeitsfelder
  5. Einhaltung zur Selbstverpflichtung der Stadt Kassel hinsichtlich Gebäudeenergie- und Ressourceneffizienz

  Dabei soll sichergestellt werden, dass zu jedem Projekt Berichte zu wesentlichen Entscheidungen erstattet werden, zum Beispiel nach Abschluss der Nullphase, der Planungsphase und der Entwurfsphase. Ein erster Bericht entsprechend des genannten Schemas soll schnellstmöglich erfolgen und zusätzlich zu den genannten Punkten den typischen Projektablauf eines Projektes beispielhaft anhand des fertiggestellten Projektes „Sanierung Karlsflügel Rathaus“ darstellen.

  Der Magistrat wird beauftragt, für jedes laufende Projekt einen Ablauf der begleitenden Beschlüsse vorzulegen. Dies kann zum Beispiel nach Abschluss der Nullphase, der Planungsphase und der Entwurfsphase sein. Des Weiteren wird der Magistrat gebeten den aktuellen Stand (2023) des Gebäudesanierungsplans zu veröffentlichen, damit ein vollständiger Abgleich der bereits vollumfänglich abgearbeiteten Projekte vorgenommen werden kann.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: DIE LINKE
abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP geänderten Antrag der SPD betr. Regelmäßiger Bericht des Magistrates zu Neubauten und Sanierungen städtischer Gebäude, 101.19.793, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

7. Staatstheater Kassel
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.19.802 -

Anfrage

Derzeit läuft die Suche nach einem geeigneten Standort für die Staatsoper in Kassel während den Sanierungsarbeiten

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist die Unterbringung in einer Leichtbauhalle vorgesehen?
2. Welche Gründe sprachen im Detail gegen die Nutzung einer Halle auf dem Henschelareal?
3. Welche finanzielle Beteiligung war vom Land Hessen an den Kosten im Verhältnis zur Stadt Kassel vorgesehen und hat sich dieses geändert?
4. Mit welchem zeitlichen Rahmen wird für die Unterbringung der Oper an einem neuen Standort gerechnet?
5. Kann wie in der Vergangenheit der Friedrichsplatz oder der Vorplatz vor dem Staatstheater als Zeltvariante in Betracht kommen?
6. Nach welchen Gesichtspunkten wird eine Ersatzfläche gesucht?
7. Ist ein Planungsbüro in dieser Sache einbezogen?

Stadtrat Stochla übergibt das Wort an Herrn Moog, Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung, der die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Die schriftliche Beantwortung wird zur Niederschrift zugesagt.

Nach Beantwortung durch Herrn Moog, Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

8. Voraussichtlicher Grundsteuerhebesatz
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.803 -

Gemeinsame Anfrage

Die Hessische Steuerverwaltung hat angekündigt, den Kommunen für die 2025 in Kraft tretende novellierte Grundsteuer eine Hebesatzempfehlung zu geben. Ziel ist die Aufkommensneutralität der Grundsteuerreform für die öffentliche Hand und für die Steuerpflichtigen.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wann wird diese Empfehlung der Steuerverwaltung erwartet?
2. Mit welcher Höhe der Hebesatzempfehlung rechnet der Magistrat?
3. Ist eine Veröffentlichung dieser Empfehlung durch die Stadt Kassel geplant?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

9. Mietobjekte der Stadt Kassel
Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.811 -

Anfrage

1. Welche Immobilien mietet die Stadt Kassel derzeit je nach Stadtteil an für welchen Preis, mit welcher Fläche, mit welchem Zweck und wie sehen weitere zusätzliche Kosten aus, z.B. für Instandhaltung?
2. Welche Immobilien hat die Stadt Kassel in den letzten 5 Jahren angekauft oder verkauft zu je welchem Preis und welche Nutzung gehört(e) dazu?

3. Was sind die Kriterien und Entscheidungsgrundlagen dafür, ob sich die Stadt bei Raumbedarf für Neubau, Kauf, oder Anmietung von Immobilien entscheidet?
4. Wie hoch wären die Kosten für den Kauf des Gebäudes der Stiftung „Gedenken und Frieden“ in der Werner Hilpert-Straße gewesen?
5. Wie hoch sind die kalkulierten Mietkosten für die nächsten 50 Jahre?
6. Warum wurde beispielsweise das Gebäude der Stiftung „Gedenken und Frieden“ in der Werner Hilpert-Straße nicht durch die Stadt Kassel gekauft?

Bürgermeisterin Friedrich und Herr Moog, Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung, beantworten die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich und Herrn Moog, Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 18:19 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin

zu TOP 7

-65-

25. Mai 2023
Herr Jäger
Tel. 6054

An
-VI-

Sitzung Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 31. Mai 2023; Anfrage der SPD-Fraktion; Vorlage Nr. 101.19.802

„Staatstheater Kassel"

Die SPD-Fraktion fragt:

1. Ist die Unterbringung in einer Leichtbauhalle vorgesehen?

Antwort:

Das Land Hessen und die Stadt Kassel arbeiten gemeinsam an der geplanten Sanierung des Großen Haues des Staatstheaters Kassel und einem Spielstätten-Interim. Derzeit werden vier verschiedene Alternativen näher geprüft und entsprechende Verhandlungen mit Eigentümern geführt. Vorweg muss gesagt werden, dass sich die Träger grundsätzlich nicht über laufende Verhandlungen äußern können.

Bei den Überlegungen für eine Interims-Spielstätte werden derzeit zwei Grundvarianten verfolgt. So ist sowohl die Errichtung einer Leichtbauhalle als auch die Nutzung vorhandener Hallen, beispielsweise alter Industriehallen, weiterhin eine Option. In den Untersuchungen und Verhandlungen zeigt sich, dass jede der vier derzeit untersuchten Alternativen ihre eigenen objektspezifischen Risiken, aber auch Potentiale aufweist.

Die Stadt ist sich bewusst, dass die temporäre Nutzung einer Bestandshalle als Spielstätten-Interim sowohl Chancen für eine städtebauliche Entwicklung als auch für eine sinnvolle Nachnutzung bietet. Die Erfahrungen zeigen aber auch, dass insbesondere dann, wenn Nutzungen über einen Horizont von mehreren Jahrzehnten geplant und kalkuliert werden müssen, umfangreiche Vorüberlegungen und Verhandlungen erforderlich sind. Die Rahmenbedingungen im Bausektor sind nach wie vor durch erhebliche Preissteigerungen, maßgeblich verursacht durch die Krisen der letzten Jahre geprägt. Diese besondere Situation und die damit einhergehenden Risiken waren und sind in den Verhandlungen mit möglichen Investoren deutlich spürbar.

2. Welche Gründe sprachen im Detail gegen die Nutzung einer Halle auf dem Henschelareal?

Über Verhandlungen zu einzelnen Varianten äußern sich die Verhandlungspartner grundsätzlich nicht im Detail.

Ggf. ergänzend oder auf Nachfrage:

Zu solchen Prozessen gehört auch, dass Objekte, bei denen absehbar keine grundsätzliche Einigung in Aussicht steht, erstmal nicht weiterverfolgt werden.

3. Welche finanzielle Beteiligung war vom Land Hessen an den Kosten im Verhältnis zur Stadt Kassel vorgesehen und hat sich dieses geändert? (AE Beitrag von -20-)

Der Magistrat der Stadt Kassel präferiert, die Kosten für die Interimsstätte analog der Hauptmaßnahme – also den Baukosten für die Sanierung der Oper – zwischen den beiden Trägern des Staatstheaters aufzuteilen. Hierbei ist bislang eine Aufteilung im Verhältnis 80 % Land und 20 % Stadt beabsichtigt. Eine Finanzierungsvereinbarung zwischen den Trägern Stadt und Land befindet sich zurzeit in Bearbeitung.

4. Mit welchem zeitlichen Rahmen wird für die Unterbringung der Oper an einem neuen Standort gerechnet?

Geplant ist eine mehrjährige Unterbringung. Eine seriöse Aussage zur Dauer der Sanierungsmaßnahme kann erst nach Abschluss der Planung der Sanierung des Großen Hauses erfolgen.

5. Kann wie in der Vergangenheit der Friedrichsplatz oder der Vorplatz vor dem Staatstheater als Zeltvariante in Betracht kommen?

Auch diese Variante wird geprüft. Eine mehrjährige Inanspruchnahme des Friedrichsplatzes, insbesondere während der nächsten documenta würde in Konkurrenz zu anderen kulturellen Veranstaltungen (flic-flac, documenta, Konzerte, etc.) stehen und wird deshalb seitens des Magistrats der Stadt Kassel nicht präferiert. Die Fläche direkt vor dem Staatstheater ist in Prüfung.

6. Nach welchen Gesichtspunkten wird eine Ersatzfläche gesucht?

Neben der Lage im Stadtgebiet, der Größe der Liegenschaft und der Erreichbarkeit (ÖPNV und Individualverkehr) sowie dem Potential für eine mögliche Nachnutzung, gibt es je nach Variante viele weitere Aspekte die betrachtet werden müssen: Das mehrjährige Spielstätten-Interim stellt eine hochkomplexe Nutzung dar, die insbesondere in Bestandsimmobilien nicht einfach umzusetzen ist. Dabei ist die Ertüchtigung der alten Bausubstanz, des baulichen Brandschutzes, möglicher Schadstoffbelastungen und deren Sanierungen und nicht zuletzt der

Wärmeschutz zu nennen. Je nach Lage des Objektes sind auch Schallschutzanforderungen zu klären, da weder der Spielbetrieb durch beispielsweise Straßenlärm noch evtl. eine Wohnbebauung in der Nachbarschaft durch die Spielstätte und das dadurch verursachte zusätzliche Verkehrsaufkommen über festgelegte Grenzen hinaus belastet werden dürfen. Das Angebot an Bestandshallen ist in Kassel durchaus in Bewegung. So kann aktuell über interessante Objekte verhandelt werden, die vor Monaten noch nicht auf dem Markt und im Gespräch waren.

7. Ist ein Planungsbüro in dieser Sache einbezogen?

Die Investoren arbeiten mit eigenen Planungsbüros zusammen, anders lassen sich solch umfangreiche Projekte nicht kalkulieren. Unterstützend erfolgen Untersuchungen und Betrachtungen durch Fachingenieure verschiedenster Disziplinen, auch auf Seiten der Träger.

In Vertretung

Karsten Moog